



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 3. Juni bis 9. Juni)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 8. Juni bis 9. Juni)

Koloniales

Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat in den letzten Jahren einige deutlich, wenn auch nur gelegentlich erkennbare Wandlungen durchgemacht. Es gab eine Zeit, wo alles, was einigermaßen nach Politik aussah, in ihrem Kreise streng verpönt war. Das war in den Jahren, da im Deutschen Reiche noch Zentrum Trumpf war und die Kolonialverwaltung vor der katholischen Mission erzitterte. Auch die Kolonialgesellschaft hatte damals kein leichtes Leben. Die Mitglieder murrten über die Untätigkeit der maßgebenden Persönlichkeiten der Gesellschaft gegenüber den Vergewaltigungen der Kolonien durch das Zentrum, und wie in der großen Politik der Volkswille schließlich den vorletzten Reichstag hinwegfegte und einen kolonialfreundlichen Reichstag an seine Stelle setzte, so gab es auch just um dieselbe Zeit innerhalb der Kolonialgesellschaft eine Palastrevolution, die als ein reinigendes Gewitter die Zentrumseinflüsse beseitigte und einen frischeren Zug in die Gesellschaft brachte. Nun kamen ein paar Jahre, in denen die Propaganda der Gesellschaft für den kolonialen Gedanken wenig gebraucht wurde. Dernburg war der Mann des Tages und sein eigener Reklamechef. In neuerer Zeit ist die Kolonialbegeisterung aber bedenklich abgeklaut und wenn nicht der Reichstag erst jüngst fast einstimmig seine Kolonialfreundlichkeit beteuert hätte, so könnte es einem wieder einmal bange werden um die weitere Entwicklung der Kolonien, um so mehr, als derselbe Reichstag in einem Atem mit diesen Beteuerungen sich einen Mehrheitsbeschluß leistete, der schlimmer war, als ein halbes Duzend abgelehnter Kolonialbahnvorlagen. Wir meinen die jüngst schon erörterte Entschliebung über die Mischehen. Da konnte man nun neugierig sein, wie sich die Deutsche Kolonialgesellschaft zu dieser Sünde gegen den Heiligen Geist des Rassenbewußtseins verhalten würde. Würde sie sich wieder, wie einst, aus zarter Rücksicht gegen eine gewisse Partei hinter ihren unpolitischen Charakter verschanzen und auch diesen Skandal vornehm ignorieren, oder würde sie die rechten Worte finden, die erste Voraussetzung jeder gesunden Kolonialpolitik, die reinliche Scheidung der Rassen, mit Energie zu verteidigen? Erfreulicherweise hat die Kolonialgesellschaft die Probe bestanden. Ihre bei der neulichen Hamburger Generalversammlung beschlossene Resolution, in der sie dem Sinne nach die Reinhaltung der Rasse als höchstes Gut eines Volkes pries und die Regierung aufforderte, für sie einzutreten, mag manchem zu zahn und der sittlichen Entrüstung entbehrend vorgekommen sein. Aber das Entscheidende dabei und zugleich die schönste Rechtfertigung für die Gesellschaft selbst war der Umstand, daß sie so gut wie einstimmig gefaßt wurde. Für den nötigen Nachdruck, für die fehlende Schärfe werden unsere Lands-

leute in den Kolonien selbst sorgen, nachdem ihnen dergestalt in der Heimat der Rücken gestärkt worden ist. Der neue Mann an der Spitze der Kolonialverwaltung hat ja schon durch die Tat sich zu dem jetzt von der kolonialen öffentlichen Meinung propagierten Standpunkt bekannt, und in unserer Siedlungskolonie Südwest ist die Diffamierung der Rassenmischung sogar längst öffentlich-rechtlich festgelegt. Wenn die dortige Verordnung über die Selbstverwaltung nicht nur die mit farbigen Frauen verheirateten Siedler von der Bekleidung öffentlicher Ämter ausschließt, sondern auch diejenigen, die mit farbigen Frauen außerehelich zusammenleben, so zeigt sich daran, daß unsere Landsleute draußen sich ihrer moralischen Pflichten wohl bewußt sind und die Einmischung einer Reichstagsmehrheit nicht brauchen. Nichtsdestoweniger schadet es nichts, wenn auch die Kolonialgesellschaft in ihrer Resolution unseren jungen Leuten, die in den Kolonien tätig sind, die Wahrung ihrer Rassenehre und Zurückhaltung farbigen Weibern gegenüber ans Herz legt. Und die Gesellschaft zieht die weitere Konsequenz, indem sie die Regierung auffordert, für die Alimentierung von unehelichen Mischlingskindern nach Möglichkeit zu sorgen. Das wird zwar sehr schwierig sein, aber es ist immerhin ein Weg, die Entstehung von Mischlingen einzuschränken.

In Hamburg ist auch die Besiedlung der Kolonien in den Vordergrund der Erörterung gerückt worden. Es ist auf diesem Gebiet, von Südwest abgesehen, bisher noch wenig geschehen; schuld daran ist zweifellos der Widerstand Dernburgs. Es scheint aber, daß Staatssekretär Solf auch in dieser Hinsicht den guten Willen hat, neue Wege einzuschlagen, denn neulich verlautete, daß er auf seiner Afrikafahrt die Siedlungsgebiete am Kilimandjaro und Meru kennen lernen will, mit dem ausgesprochenen Zweck, gegebenenfalls Grundlagen zu deren Förderung zu gewinnen. Insofern hat die Kolonialgesellschaft einen günstigen Zeitpunkt gewählt, wenn sie die Regierung auffordert, zu Zwecken der Kleinsiedlung in geeigneten Gebieten, zunächst in der Gegend des Meruberges, weiteres Land bereit zu halten. Nun sind wir zwar auf Grund der bisher vorliegenden Erfahrungen der Ansicht, daß in Ostafrika die besten Aussichten der „Gentleman-Farmer“ hat, der etwa unserem Gutsbesitzer entspricht. Aber andererseits scheinen sich auch die Kleinsiedlungen am Meruberg recht erfolgreich zu entwickeln und zu weiteren Versuchen zu ermutigen. Die Voraussetzung ist, daß man nicht, wie früher gelegentlich, ungeeignete Elemente heranzieht, sondern selbstbewußte Bauern, die selbst mit Hand anlegen, ohne sich deshalb auf eine Stufe mit den arbeitenden Negern zu stellen. Die häuerliche Siedlung wird vielleicht keine besonderen wirtschaftlichen Werte zutage fördern, aber sie ist geeignet, zu Hause für den kolonialen Gedanken werbend zu wirken. Der freie Mann auf eigener Scholle ist nun einmal das Ideal des deutschen Volkes.*)

Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat diesmal entschieden eine glückliche Hand gehabt in der Wahl ihrer Verhandlungsgegenstände, deren Mehrzahl auf die Entwicklung gesunden deutschen Volkstums und Ausschaltung monopolistischer Bestrebungen bei der Erschließung der Kolonien gerichtet war. Was wir ver-

*) Die Schaffung von Kleinsiedlungen in unsern Kolonien, die womöglich die Auswanderung deutscher Bauern begünstigte, müßte angesichts des Mangels an deutschen Bauern in Ostelbien bedauert und bekämpft werden. G. Cl.

müßten, ist lediglich eine eingehende Stellungnahme zur Frage des landwirtschaftlichen Bodenkredits. Nachdem das Großkapital es jüngst abgelehnt hat, sich an der Organisation eines Kreditinstituts für Südwestafrika zu beteiligen, bleibt nur die Staatshilfe. Aus diesem Grunde wäre ein kräftig Wörtlein an die Adresse des Reichstags am Platze gewesen, denn ein längeres Zögern heißt die Entwicklung der Farmerwirtschaft hintanhalten. Aber vielleicht nimmt sich im kommenden Jahre, falls bis dahin noch nichts erfolgt ist, die Abteilung Breslau der Frage an, wenn in den Mauern ihrer Stadt die Kolonialgesellschaft tagt. In Breslau ist durch die Nachbarschaft der Ostmark vielleicht mehr Sinn für eine Fürsorge im Interesse kolonialisatorischer Kleinarbeit vorhanden, als in der Hafenstadt Hamburg.

Rudolf Wagner

Bank und Geld

Seit der Staatskommissar an der Berliner Börse seine kürzlich besprochene Warnung vor der Überspekulation am Kassamarkt hat ergehen lassen und seit Herr von Gwinner in einer viel kommentierten Parlamentsrede diese Warnung noch durch den Hinweis auf die Möglichkeit eines Konjunkturumschwunges und die verschlechterte Aufnahmefähigkeit der Effektenmärkte unterstrichen hat, ist ein sehr bemerkenswertes Nachlassen des vorher so ausgeprägten Optimismus an der Börse zu konstatieren. Die Kurse eilen unaufhaltsam abwärts. Es hieße freilich die Bedeutung jener Kundgebungen überschätzen, wollte man den eingetretenen Umschwung lediglich auf solche gelegentlichen Äußerungen einer kompetenten Persönlichkeit zurückführen. Der momentane Eindruck war allerdings ein starker, ein so starker und unerwarteter, daß Herr von Gwinner sich zu einer nachträglichen Abschwächung seiner Äußerung veranlaßt sah und sich auf eine mißverständliche Auffassung seiner Worte berief. In Wirklichkeit hat erst sein Hinweis vielen die Augen darüber geöffnet, daß die augenblickliche Situation des Wirtschaftslebens in der Tat eine kritische genannt werden muß. Unverkennbare Symptome einer Überhitzung treten von Tag zu Tag deutlicher in Erscheinung. Man braucht sich nur die beträchtliche Liste der Zahlungseinstellungen der letzten Monate zu vergegenwärtigen, um sofort zu sehen, daß hier Krankheitserscheinungen zutage treten, welche auf allgemeine Ursachen zurückzuführen sind und sich nicht mit zufälligen oder individuellen Gründen erklären lassen. Die überraschende Höhe der Gesamtverbindlichkeiten und die Tatsache, daß so viele Institute als Kreditgeber fungierten, ohne daß eines etwas vom anderen wußte, verfehlte nicht, wie schon in früheren Fällen, ein fast naives Erstaunen auszulösen. Wenn aber irgend etwas, so ist gerade diese skrupellose Kreditinanspruchnahme an verschiedenen Stellen ein Zeichen nicht nur für eine bedenklich laze geschäftliche Moral, sondern vor allem auch für schwere Mängel in der Kreditorganisation. Es ist in der Tat kaum zu verstehen, warum unsere Großbanken nach so viel trübten Erfahrungen sich nicht dazu aufraffen, diesem Mißbrauch einen Niegel vorzuschieben. Bisher hat noch immer die leidige Konkurrenzfurcht und der gegenseitige Neid es verhindert, daß die Banken eine Einrichtung getroffen haben, welche sie gegenseitig über die Kreditinanspruchnahme an mehreren Stellen unterrichtet. Eine jede scheute sich bisher, irgend einer dritten Instanz

Einblick in ihr Geschäftsgebaren zu gewähren. Und doch sollte man meinen, daß vor allem hier der Hebel anzusetzen wäre, wenn man dem Mahnruf der Reichsbank nach heilsamer Einschränkung der Kredite Folge geben will. Es fehlt ja auch keineswegs an einem geeigneten Vorbild. In Österreich haben die Banken, welche die Diskontierung von Buchforderungen pflegen, sich zur Einrichtung einer Kreditkontrolle in der sogenannten Evidenzzentrale verstanden, welche vertraulich über die Höhe der jeder Firma eingeräumten Kredite unterrichtet wird und so imstande ist, die Mitglieder darüber aufzuklären, ob eine kredit suchende Firma schon an anderer Stelle engagiert ist. Diese Einrichtung hat sich durchaus bewährt; sie ließe sich ohne weiteres auf unsere Verhältnisse übertragen, und zwar um so leichter, als es dazu nicht einmal der Gründung eines besonderen Institutes bedürfte. Es würde vollauf genügen, wenn mit den Funktionen einer solchen Zentrale eine der bestehenden Treuhandgesellschaften betraut würde, die durch ihre geschäftlichen Einricht'ungen und Erfahrungen ohne weiteres zur Übernahme eines solchen Mandates berufen sind. Eine solche vorbeugende Kreditpolitik wäre um vieles besser und gesunder, als das System gewaltsamer Restriktionen, zu dem die Banken gegenwärtig gegriffen haben. Die Kreditbeschränkungen und Entziehungen, die jetzt plötzlich an die Stelle der offenen Hand getreten sind, gleichen einer Eisenbartkur.

Allerdings kann man es den Banken nicht verübeln, wenn sie gegenwärtig mit der Zurückführung ihrer Außenstände Ernst machen. Denn die Lage des Geldmarktes hat sich derart ungünstig gestaltet, daß man nur mit Beklemmungen dem Herbst mit seinen großen Anspannungen entgegensehen kann und allenthalben die Überzeugung die Oberhand gewonnen hat, es bedürfe des ernstlichen Zusammenwirkens aller Faktoren, um verhängnisvollen Schwierigkeiten vorzubeugen. Diese Entwicklung der Geldverhältnisse ist allen Beteiligten recht unerwartet gekommen. Noch am Anfang Mai rechnete man mit Sicherheit und einiger Ungeduld auf eine Ermäßigung des Bankdiskonts. Die Lage des internationalen Geldmarkts schien diese Erwartung auch zu rechtfertigen, besonders, nachdem die Bank von England und bald darauf auch die Bank von Frankreich ihren Diskontsatz herabsetzten und damit das Signal zu geben schienen, daß die Periode der Anspannung, die schon so ungewöhnlich lange in das Frühjahr hineingedauert hatte, endgültig vorüber sei, und daß man für den Sommer nunmehr mit den so sehnlich erwarteten billigen Geldsätzen werde rechnen können. Als nun die Reichsbank demungeachtet ihre zögernde Politik nicht aufhob, fing man bereits an, einen gewissen Unmut über dieses Verhalten zu zeigen und warf der Leitung vor, dem Lande unnötigerweise die schwere Last eines fünfprozentigen Diskonts aufzuerlegen, der besonders von der Landwirtschaft drückend empfunden werden mußte. Gar bald aber trat zutage, wie zutreffend die Reichsbank die Situation beurteilte. Das Ende des Monats brachte wieder Zinssätze, die für diese Jahreszeit ganz ungewöhnlich sind, und selbst nach Verlauf der ersten Juniwoche zeigt der Privatdiskont keine Neigung, von dem Stand von $4\frac{1}{4}$ Prozent herabzugehen. Damit ist eine beträchtliche Spannung zwischen den Zinssätzen Deutschlands und des Auslands eingetreten, die unter normalen Umständen ausreichen würde, den Zustrom fremden Geldes zu befördern und dadurch auf eine Ausglei chung hinzuwirken. Aber, auffallend genug, diese Gelder

des Auslandes stellen sich nicht ein: es ist die politische Lage, die hier störend eingreift. Wir müssen uns jetzt ohne die halbe Milliarde Auslandsgelder behelfen, die noch voriges Jahr, vor der Marokkokrise, unsere heimische Volkswirtschaft alimentierten. Das ist ein beträchtliches Manko und erklärt ohne weiteres, warum die Kurve der Zinsbewegung in Deutschland dieses Jahr so anormal verläuft. Es ist noch niemals dagewesen, daß die Reichsbank vom September ab an einem hohen Zinsfuß ununterbrochen den Sommer über hat festhalten müssen. Wir haben wohl auch schon Jahre gehabt, in denen fünf Prozent den Minimalfuß der Reichsbank darstellte, wie beispielsweise 1900 und 1907, in welchem letzterem der Zinsfuß sogar nicht unter $5\frac{1}{4}$ Prozent herunterging. Dies waren aber ausgesprochene Hochkonjunkturjahre mit all den typischen Erscheinungen, deren Zusammenwirken die dauernde Anspannung auf dem Geldmarkt erzeugt. Diese Voraussetzungen liegen bei uns augenblicklich nicht vor. Und noch ein wichtiger Unterschied: auch in diesen Jahren teuerster Zinssätze spiegelte die Zinsbewegung den wechselnden Stand, der an den Geldmarkt gestellten Ansprüche wieder: der Zinsfuß hat 1900 eine dreimalige, 1907 sogar eine viermalige Änderung erfahren; er hat im ersteren Jahr zwischen $6\frac{1}{2}$ Prozent und 5, im letzteren zwischen $5\frac{1}{2}$ und $7\frac{1}{2}$ Prozent geschwankt. Daß aber die Reichsbank ein volles Jahr lang einen Zinsfuß ununterbrochen festhielt, hat sich bisher nur zweimal ereignet: 1883 und 1884, wo ein vierprozentiger Zinsfuß länger als zwei Jahre in Geltung war. Dieser letztere darf aber als ein normaler angesprochen werden, während fünf Prozent schon das Vorhandensein außergewöhnlicher Spannung andeuten. Wir müssen nun aber heute mit ziemlicher Bestimmtheit darauf rechnen, daß der Zinsfuß vor den Herbstmonaten nicht mehr ermäßigt werden kann und daß eine dann eintretende Veränderung nur in einer Erhöhung bestehen kann. Die Situation ist also außergewöhnlich, und es liegt nahe, nach den Gründen dieser auffälligen Geldteuerung zu forschen.

Eine Hauptursache ist zweifellos in der Zurückziehung der ausländischen Guthaben zu erblicken; es liegen aber noch andere Momente vor, welche die Verengung unseres Geldmarktes begreiflich scheinen lassen. Unter diesen spielt die starke Beanspruchung der Mittel durch die lebhaft entwickelte Industrie und Handel die Hauptrolle. Der starke Expansionsdrang namentlich der schweren Industrie, welcher zum Teil mit der Erneuerung der Verbände und der Quotenjagd zusammenhing, hat erhebliche Investitionen erforderlich gemacht. Auf eine Zurückdrängung dieser Ansprüche ist denn auch vornehmlich das Bestreben der Reichsbank und wenn auch nicht überall gleichmäßig das der Großbanken gerichtet. Daß in der Tat die Kreditansprüche erheblich gestiegen sind, läßt sich am besten an den Ziffern der Wechselstempeltragnisse ablesen. Diese zeigen im laufenden Jahr von Monat zu Monat beträchtliche Zunahmen gegen das Vorjahr, die im April bis auf acht Prozent angewachsen sind. Aber auch die Kreditansprüche können allein die Geldteuerung nicht erklären; ein sehr wichtiges Moment bildet die Steigerung der Warenpreise, die sowohl die industriellen Rohstoffe und Fabrikate als sämtliche Lebensmittel umfaßt. Auf den Metallmärkten herrscht beispielsweise gegenwärtig ein fieberhaftes Treiben; der Kupferpreis ist im Laufe dieses Jahres um zirka 20 Pfund pro Tonne gestiegen; die Verteuerung der Rohmaterialien hat jüngst die elektrische Industrie veranlaßt, eine allgemeine zehnprozentige Preis-

erhöhung zu diktieren; der Stahlwerksverband hat, namentlich seit Zustandekommen der Verlängerung, Schritt für Schritt die Preise seiner Produkte anziehen lassen und der gleichen Erscheinung begegnen wir überall bis in die kleinsten Verhältnisse des täglichen Lebens hinein, wo sie sich dem kleinen Mann am unmittelbarsten fühlbar machen, und in dem Bestreben nach Lohnerhöhungen und Gehaltsaufbesserung wieder eine Rückwirkung auf die Vermehrung der Produktionskosten ausüben. So wird für die Bewerfstellung wirtschaftlich gleichwertiger Umsätze eine erheblich größere Menge Geldes in Bewegung gesetzt, und diese Tatsache muß zu einer Steigerung des Kapitalzinsfußes führen, die nur durch eine möglichst ausgedehnte Anwendung der Verrechnung und der bargeldlosen Zahlungsmethoden hintangehalten werden könnte. Damit hapert es aber bekanntlich bei uns noch immer und alle Bemühungen werden gegenüber den eingewurzelten Zahlungsgewohnheiten nur langsam Erfolg erzielen. Wir werden uns also wohl oder übel, so lange jene Verhältnisse dauern, mit der Herrschaft eines hohen Zinsfußes abfinden und uns auf denselben einrichten müssen. Die Rehrseite dieser Notwendigkeit ist natürlich ein entsprechender Preisfall der Renten. Unsere Staatspapiere sind denn auch im Laufe der Woche auf einem Tiefstand angekommen, den sie noch niemals eingenommen haben. Dreiprozentige notieren kaum höher als 80 Prozent. Und dies alles trotz der systematischen Versuche der Staatsregierung den Kurs zu „heben“! Wir fürchten, auch das in Vorbereitung befindliche Gesetz über den Anlagenzwang der Sparkassen wird am Laufe dieser Entwicklung nichts zu ändern vermögen. Fangen doch schon die Hypothekenbanken an, die Konsequenz zu ziehen und zur Ausgabe von 4½-prozentigen Pfandbriefen zu schreiten. Die Preussische Hypotheken-Aktienbank hat den Anfang gemacht, andere werden, wenn auch widerstrebend, folgen. Ein 4½-prozentiger Pfandbrief bedeutet aber, daß für allererste Hypotheken in Zukunft 5½ Prozent zu zahlen sein wird; denn unter einem Prozent Sperrung, mag sie sich auch nicht im Zinsfuß, sondern zum Teil in Abschlußprovisionen und anderen Gebungen ausdrücken, kann auf die Dauer die Hypothekenbank nicht arbeiten. Man vergegenwärtige sich, welche Erhöhung der Zinsenlast dem Grund und Boden durch eine solche Verschiebung der Verhältnisse erwächst. Handelt es sich doch um Milliardenbeträge von Hypothekenschulden. Die Rückwirkung wird zunächst den städtischen Grund und Boden treffen, da für den ländlichen Hypothekenkredit nicht die Hypothekenbanken, sondern die Landschaften in Frage kommen, und hier eine Verschiebung sich langsamer zu vollziehen pflegt. Für die städtischen Verhältnisse kann aber eine derartige Verteuerung des Hypothekarkredits, angesichts der schon ohnehin schwierigen Situation des Terrain- und Baumarckts und der schon heute so problematischen Beschaffung zweiter Hypotheken sich geradezu verhängnisvoll erweisen.

Spectator

Berantwortlich: der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.
 Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Lützow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 36/37.